

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Erscheint wochentl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 1.50 R.-M., freibl. austr. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-M. Anzeigenpreise: 6 gesp. Zeilen 0,15 R.-M., 12, 18, 24, 30, 36, 42, 48, 54, 60, 66, 72, 78, 84, 90, 96, 102, 108, 114, 120, 126, 132, 138, 144, 150, 156, 162, 168, 174, 180, 186, 192, 198, 204, 210, 216, 222, 228, 234, 240, 246, 252, 258, 264, 270, 276, 282, 288, 294, 300, 306, 312, 318, 324, 330, 336, 342, 348, 354, 360, 366, 372, 378, 384, 390, 396, 402, 408, 414, 420, 426, 432, 438, 444, 450, 456, 462, 468, 474, 480, 486, 492, 498, 504, 510, 516, 522, 528, 534, 540, 546, 552, 558, 564, 570, 576, 582, 588, 594, 600, 606, 612, 618, 624, 630, 636, 642, 648, 654, 660, 666, 672, 678, 684, 690, 696, 702, 708, 714, 720, 726, 732, 738, 744, 750, 756, 762, 768, 774, 780, 786, 792, 798, 804, 810, 816, 822, 828, 834, 840, 846, 852, 858, 864, 870, 876, 882, 888, 894, 900, 906, 912, 918, 924, 930, 936, 942, 948, 954, 960, 966, 972, 978, 984, 990, 996, 1000 R.-M.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (D. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetage erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Oberrasse 38, Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eise; in Wolfenbüttel bei Herrn Einnis Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Eindrücken im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Fälle hat der Besteller keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Gleichweit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkburg und Siegelheim.

Nr. 120

Donnerstag, den 27. Mai 1926

48 Jahrgang.

Undurchführbarkeit des Dawes-Planes.

Reichspräsident von Hindenburg wird der Regierung in Mecklenburg-Strelitz im Juni einen Besuch abstatten. Der preussische Finanzminister Höppler-Ashoff trat in Dortmund für einen Volksentscheid in der Flaggenfrage ein. In Girschberg hielt der Verein für das Deutschtum im Auslande seine 45. Jahresversammlung ab. Die Eisenbahnkatastrophe in München hat 33 Todesopfer gefordert. In Passau veranstalteten die Landesverbände Deutsch-Osterrichts und Bayerns des sudetendeutschen Heimatbundes ihre diesjährige Haupttagung. In Amsterdam wurde ein internationaler sozialistischer Eisenarbeiterverband gegründet. Zwischen Italien und Griechenland soll ein Scheinvertrag beiseite gehen. Die ägyptischen Wahlen endeten mit einem Sieg der Royalisten. Das Hauptquartier Abd el Krim wurde von den Franzosen erobert. In Japan ist eine schwere Vulkankatastrophe eingetreten, der 2000 Menschen zum Opfer fielen.

Waldenburg, 26. Mai 1926.

Während der Pfingstfeiertage pflegt gewöhnlich eine vollkommene Ruhe in dem politischen Hochbetrieb auszubrechen. Auch in diesem Jahre hat man allerdings eine solche Feiertagspause eingelegt, lediglich in Genf wurde auch an den Festtagen fieberhaft gearbeitet. Dort tagt bekanntlich seit einer Woche die sogenannte Abrüstungskommission, deren Aufgabe darin besteht, das Abrüstungsproblem zu studieren und dem Völkerbund praktische Vorschläge für die Durchführung der allgemeinen Abrüstung vorzulegen. Der Verlauf der ersten Besprechungen schien den Pessimisten recht zu geben, die ein Fiasko der Genfer Verhandlungen von vornherein feststellen zu können glaubten. An den beiden Pfingstfeiertagen hat man jedoch in Genf offenbar alles daran gesetzt, um den drohenden Abbruch der Besprechungen zu verhindern und wenigstens eine gewisse Einigung zwischen den widerstreitenden Interessen der Mächte zu ermöglichen. Dieser Versuch ist auch zum Teil gelungen, denn nach den neuesten Meldungen scheint durch eine englisch-französische Verständigung ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage zustande gekommen zu sein.

Kurz vor den Feiertagen hatten sich die Genfer Verhandlungen scharf zugespitzt. Der französische Vertreter Paul Boncour hatte nämlich im Unter-Ausschuß, dem sogenannten Redaktionskomitee, eine Denkschrift vorgelegt, in der er vorschlug, die Vereinbarung der Rüstungen von wirksamen Sicherheitsgarantien abhängig zu machen, d. h. die einzelnen Staaten sollten nur in dem Maße zur Abrüstung verpflichtet werden können, wie ihnen Garantien für ihre Sicherheit zugesichert werden würde. Außerdem enthielt die französische Denkschrift eine Reihe genau festgelegter Ausführungsbestimmungen für ein beschleunigtes Verfahren des Völkerbundesrates bei der Bestimmung des Angreifers, und zwar unter starker Anlehnung an das Vorgehen des Völkerbundesrates anlässlich des griechisch-bulgarischen Konfliktes im vergangenen Herbst. Besonderer Wert wird in diesem Entwurf auf größte Schnelligkeit bei der Durchführung der beim plötzlichen Ausbruch eines Konfliktes vom Völkerbundrat gegebenen Empfehlungen militärischer und wirtschaftlicher Hilfeleistung auf Grund des Artikels 16 des Völkerbundesvertrages gelegt. Der Rat soll im Ernstfall spätestens 48 Stunden nach Eintreffen der Nachricht von einem Konflikt in Genf zusammentreten. Besondere Unter-stützungen sollen im voraus gebildet, ihre Arbeitsweise im voraus festgesetzt werden. Bei der Beschlußfassung des Völkerbundesrates über diesen Punkt soll die Einstimmigkeitsklausel nicht beibehalten werden.

Dieser Plan steht zweifellos im Gegensatz zu dem Völkerbundsvertrag, der bekanntlich die Einstimmigkeitsklausel für die Sanktionsmaßnahmen gegen un-gesetzliche Bundesmitglieder ausdrücklich vorschreibt. Der englische Vertreter Lord Cecil erhob deshalb sofort gegen den französischen Vorschlag Einspruch und

sprach der Kommission überhaupt das Recht ab, sich mit Fragen zu befassen, die nur den Völkerbundsrat und die Völkerbundsversammlung selbst angehen. Während der Pfingstfeiertage war man dann bemüht, einen Ausgleich zwischen den beiden Auffassungen herbeizuführen. Ueber die technischen Einzelheiten der französischen Denkschrift wurde man schnell einig. In einem gemeinsamen Antrag Lord Cecils und Paul Boncours wird der Völkerbundsrat aufgefordert, 1. die geeigneten Methoden und Anordnungen zu studieren, um im Falle eines Krieges oder einer Kriegsandrohung binnen kürzester Frist eine Ratstagung herbeizuführen und 2. um den Erlaß von Entscheidungen des Rates zur Aufrechterhaltung der militärischen und wirtschaftlichen Verpflichtungen des Völkerbundsvertrages zu beschleunigen.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Völkerbundsrat sich bereits in seiner Zunitagung mit diesen Anträgen befassen wird, die natürlich auch die nächste Völkerbundsversammlung im September beherrschen werden. Dagegen dürfte der Rat den von Paul Boncour beabsichtigten Antrag auf Aufhebung der Einstimmigkeitsklausel in bestimmten Fällen wohl bis zum September, d. h. bis zur Mitwirkung des deutschen Ratsmitgliedes, zurückstellen.

Volksentscheid in der Flaggenfrage?

Eine Anregung des preussischen Finanzministers.

Auf dem westfälischen Gantag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Dortmund hielt der preussische Finanzminister Dr. Höppler-Ashoff eine politische Rede, in der er auch auf die Flaggenfrage einging. Der Minister wandte sich dabei besonders gegen die von der Reichsregierung erlassene Flaggenverordnung, die er als vollkommen verfehlt bezeichnete.

Die Flaggenfrage — so führte der Minister aus — könne nicht mit einem schwachen Kompromiß, sondern nur durch einen Volksentscheid gelöst werden. Aufgabe des Reichsbanners werde es sein, einen Entschluß herbeizuführen, der mit überwältigender Mehrheit den Farben Schwarz-Rot-Gold überall Anerkennung und Geltung bringen werde.

In der Frage der Fürstenabfindung könne das Reichsbanner eine bestimmte Parole nicht ausgeben, da die drei unter ihm vereinigten Parteien geteilter Meinung seien. Alle Republikaner seien sich darüber einig, daß eine gerechte Lösung gefunden werden müsse.

Was wir unter Abrüstung verstehen.

Eine neue Erklärung des Grafen Bernstorff.

Der Genfer Vertreter in der Genfer Abrüstungskommission, Graf Bernstorff, hat am Dienstag eine neue Erklärung abgegeben. Er erklärte zunächst sein Einverständnis damit, daß die Entscheidung über den französischen Antrag, wonach bei der Beschlußfassung des Völkerbundsrates über die Hilfeleistung für einen angegriffenen Staat keine Einstimmigkeit mehr erforderlich sein soll, aus der Debatte ausgeschaltet und dem Völkerbundsrate selbst vorbehalten werden soll.

Da Deutschland aber noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist und infolgedessen nicht die Möglichkeit hat, im Rate das Wort zu ergreifen, erklärte der deutsche Vertreter schon jetzt, daß Deutschland eine Abrüstung auf der heutigen Basis nicht als Grundlage der Beratungen ansehen wolle, sondern eine viel weitergehende Abrüstung, die so einzurichten wäre, daß die Kräfte keines einzigen Staates den für den Völkerbund verfügbaren Kräften gleichkommen dürften, während jeder Staat so viel Rüstungen behalten sollte, daß die Kräfte der Mitglieder des Völkerbundes die Ausführung der Völkerbundsbeschlüsse gewährleisten könnten.

Die Erklärung des deutschen Vertreters wird gemeinsam mit dem Bericht der Abrüstungskommission an den Völkerbundsrat weitergeleitet werden, der sich

bereits auf seiner Zunitagung mit der Angelegenheit befassen wird.

Abd el Krim verhandlungsbereit.

Sein Hauptquartier von den Franzosen genommen.

Der Führer der Rifabnen, Abd el Krim, hat den Kampf gegen die französische Uebermacht aufgegeben und die Stadt Targuist, wo er nach der Eroberung von Ajdir durch die Spanier sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, den französischen Truppen kampfslos überlassen.

Wie Havas aus Fez meldet, hat Abd el Krim dem französischen Generalresidenten Steeg durch den Leiter der in das Rifgebiet entsandten roten-Kreuz-Mission, Parent, einen Brief mit Verhandlungsvorschlägen überbringen lassen. Abd el Krim erklärt darin, daß er durch die von den Alliierten erzwungenen militärischen Erfolge sich veranlaßt sehe, sein Schicksal der Großmacht der französischen Regierung zu übergeben.

Am Dienstag trat in Paris unter dem Vorsitz Briands ein Ministerrat zusammen, um sich mit der Lage in Marokko zu befassen und über die Friedensvorschläge Abd el Krims zu beraten. Man beschloß, über diese Vorschläge, die zu ungenügend seien, zur Tagesordnung überzugehen und keinesfalls die militärischen Operationen einzustellen.

Inzwischen setzen die französischen Truppen ihren Vormarsch in Marokko fort und nähern sich jetzt nach Ueberschreitung der Gebirgskette, die Französisch-Marokko vom Rifgebiet trennt, in Eilmärschen dem Mittelmeer. Abd el Krim soll mit dem Rest seiner Leute in die westlichen Berge geflüchtet sein, wohin ihm die spanisch-französischen Truppen wegen des unwegigen Gebirgsgeländes nur schwer zu folgen vermögen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichspräsident von Hindenburg wird Mitte Juni die Regierung von Mecklenburg-Strelitz offiziell besuchen.

Wie aus Essen berichtet wird, beabsichtigt der frühere Reichskanzler Dr. Luther im Juni eine Studienreise nach Amerika zu unternehmen.

Reichstagung der Bismarckjugend. Am ersten Feiertag fand in Stettin der Reichstgung, die bedeutendste Veranstaltung der Bismarckjugend statt. In einer, mit starkem Beifall aufgenommenen Rede erklärte Graf Westarp, daß die deutsch-nationale Partei die Bismarckjugend bewußt in die Politik einstelle. Nicht, damit die Jugend Politik mache, sondern damit sie Politik lerne. Graf Westarp ermahnte die Jugend zum Schluß seiner Reden zur Ehrfurcht vor dem Alter, zur Lichtrigkeit im Beruf und zur Schätzung der Sitten. Zu dem Reichstgung war als Ehrengast auch Generalfeldmarschall Mackensen erschienen. Der greise Feldherr hielt, stürmisch begrüßt, eine kurze Ansprache an die ihm gestellte Ehrenkompanie, in der er zum Gehorsam ermahnte.

Tagung deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hielt an den beiden Pfingstfeiertagen seinen dritten ordentlichen Reichsverbandstag in Köln ab. In den verschiedenen Vorträgen wurden die Schaffung eines einheitlichen Versorgungs- und Fürsorgerechtes und gesetzliche Regelung der Heilbehandlung für Kriegshinterbliebene, sowie die Verstärkung des Schutzes für die Schwerkriegsbeschädigten als geringste Forderungen bezeichnet. In mehreren Entschlüssen kam ein starkes Bekenntnis des Zentralverbandes zur Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes zum Ausdruck.

Holland.

Auf dem zu Pfingsten in Amsterdam abgehaltenen internationalen Kongreß der sozialistischen Jugend, zu dem Abordnungen aus Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Tschechoslowakei, Polen, Belgien, Frankreich und England erschienen waren, wurde ein internationaler sozialistischer Studentenverband gegründet.